

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungskarte Nr. 4069 a, 6 Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., answärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 42.

Dienstag den 19. Februar 1901.

8. Jahrgang.



Gegen den Brodwucher!



Sonnabend Abend:

Große Protest-Versammlung!

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lüb. Volksbote.“)

Berlin, den 16. Februar 1901.

Der Reichstag bewilligte in seiner heutigen Sitzung dem Staatssekretär v. Podbielski das Gehalt. Die Debatte war außerordentlich arm an bedeutenden Momenten. Eine große Rolle spielten wieder die Briefe mit polnischer Aufschrift: Freikonervative und Nationalliberale wetteiferten in Chauvinismus, den dagegen Genosse Ledebour scharf zurückwies. Er erinnerte an die Entrüstungsschreie, die im deutschen Reich ertönen, wenn von der Unterdrückung der Deutschen in Rußland und Ungarn die Rede ist. Diejenigen aber, die nach der Unterdrückung der im deutschen Reich lebenden fremdsprachigen Nationalitäten rufen, begeben sich damit des Rechtes, über Russen und Magyaren Klage zu führen. Mit Bierwischen zweifelhaftester Qualität erfreute wieder das Haus der beleibte Herr Dertel. Wenn er sagte, die Polen seien seinen Freunden sehr angenehm, so ist ihm auf's Wort zu glauben: Die Agrarier wissen allerdings die billige polnische Arbeitskraft zu schätzen. Beim Geldbeutel hört nicht nur die Gemüthlichkeit, sondern auch der Chauvinismus auf. — Am Dienstag stehen die weiteren Titel des Postetat's zur Berathung.

(Schluß der Sitzung vom Freitag.)

Es folgt die zweite Lesung des Postetat's. Zunächst werden die Einnahmen debattiert und genehmigt. Es folgen die Ausgaben. (Tit. 1: Staatssekretär.)

Dr. Müller-Sagan (Fp.): Die Klagen über die wachsende Unzuverlässigkeit in der Briefbestellung mehrten sich. Die Anforderungen an das Personal sind gewachsen, ohne daß eine entsprechende Vermehrung des Personals stattgefunden hat. Von den neu eingeführten Marken beträgt sich höchstens die 30 Pf. und die 80 Pf. Marke. Eine verständige Abgrenzung des Nachbarortverkehrs nach wirtschaftlichen Grundätzen ist unbedingt und nicht nur für Berlin notwendig. — Die Anstellungsverhältnisse bei der Post sind außerordentlich unangünstig. Die Post soll sogar der Verkehrshaltung nicht etatsmäßig angestellter Beamten Schwierigkeiten bereiten.

Staatssekretär v. Podbielski: Was die Vermehrung der Beamten anlangt, so sind seit dem 1. April mehr Leute in Berlin bei uns angestellt, als die Postfährt bis dahin in einem Jahre. Die Zahl der etatsmäßigen Stellen ist seit 1883 von 39 800 auf 93 565 vermehrt worden. Ich halte es nicht für gut, wenn die jungen Leute zu früh heiraten, ein Hausstand ohne materielles Fundament wird leicht unglücklich. Die neuen Marken hat der Postetat gewünscht zur Vereinfachung der Bekleidung von Postpaketadressen nach dem Auslande. Die Vororte haben mit Berlin reichlich Verbindung. Doch will ich sehen, wo noch Mängel vorhanden sind.

Graf Stolberg-Wernigerode (R.): Der systematischen Agitation, die die Zahl der polnischen Adressen in einem Jahre um 42 pCt. gesteigert hat, ist der Herr Staatssekretär vielleicht noch zu weit entgegengekommen. Hoffentlich gelingt es ihm, die polnische Propaganda zu brechen. (Bravo! rechts.)

Bassermann (W.) schließt sich diesem Wunsche an.

Staatssekretär v. Podbielski: Die Bestimmungen gegen die polnischen Adressen sind verschärft worden. Kaputtaktren werde ich vor den Polen niemals. Singer (SD): Es ist ein Gewissenszwang, wenn man den Polen verbietet, in ihrer Muttersprache zu adressieren, aber man darf auch diese ganze Angelegenheit nicht zu sehr aufbauschen. — Bei der Vermehrung der Postbeamten kommt es doch nicht darauf an, daß eine bestimmte Zunahme zu verzeichnen ist, sondern darauf, daß den Bedürfnissen des Verkehrs genügt wird, ohne die Beamten zu überlasten. Vor allem darf die Post nicht als Mädchen für alles benutzt werden (Heiterkeit) und zum Verkauf von Invaliden- und Stempelmarken herangezogen werden. Zur Bewältigung des Weihnachtverkehrs sollte sich die Post, statt Soldaten zu benutzen, an die zahlreichen Arbeitslosen aus dem Arbeiterstande wenden. — Was die Nachregelung der Postunterbeamten aus Anlaß ihrer politischen Stellung anlangt, so beneide ich den Herrn Staatssekretär hergefallen zu haben. Zu Weihnachten hat er ihnen aus auch das Abonnement auf das Blatt „Die Reichspost“ verboten. Der Herr Staatssekretär darf von den Beamten nur verlangen, daß sie ihren Dienst pünktlich versehen, um ihr Verhalten außerhalb des Dienstes könne er sich nicht kümmern, soweit dasselbe nicht mit den Gesetzen

in Widerspruch steht. Neuerdings ist den Beamten eines Postamtes sogar das Biertrinken verboten worden. Gegen müßige Leute sollte man aber doch nicht so vorgehen wie gegen Schulknaben. (Bravo! b. d. Soz.)

Staatssekretär v. Podbielski: Zwischen mir und Herrn Singer stehen zwei Weltanschauungen, zwischen denen es nur Kampf giebt. Die „Reichspost“ ist genau dasselbe Blatt, wie der verbotene „Volksbote“, ich mußte sie also auch verbieten, auf der Nase spielen lasse ich mir nicht. — Der Biererlaß geht nicht von mir aus, sondern von einem zu bureaukratischen Amtsvorsteher, ich billige ihn nicht, er ist zu abgewandt vom irischen Leben. — Die Weihnachtsbestellung durch Soldaten wird eingeschränkt, ist aber nicht ganz zu entbehren.

Nach einer weiteren Erörterung über die Behandlung von Briefen mit polnischen Adressen zwischen dem Abg. v. Jachemski und dem Staatssekretär v. Podbielski vertagt das Haus die Weiterberathung auf Sonnabend 1 Uhr.

50. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: v. Podbielski. Die zweite Berathung des Postetat's wird fortgesetzt. (Lit. Staatssekretär.)

Graf Drisla (W.): Ich habe mich gemundert, daß Herr Singer es bemängelt, daß die Post die Jubiläumsrenten auskahlt und Stempelmarken verkauft. Ich glaube nicht, daß dieser Standpunkt im Interesse der Arbeiter lag. Herr v. Podbielski hat sich gegen Herrn Bassermann gewandt. Herr Bassermann hat aber niemals behauptet, die Postverwaltung habe gegenüber der polnischen Agitation kapituliert. Er hat nur gesagt, daß das jetzige Verhalten der Postverwaltung gegenüber den Briefen mit polnischen Adressen das äußerste Maß des Entgegenkommens darstelle. Die Erfüllung ihrer Aufgaben wird der Post aber nicht nur von den Polen erschwert, auch die Unsitte, die Briefmarken nicht an den gehörigen Platz zu kleben, und das Streben der Papierfabrikanten, die unglücklichsten Formate von Briefen zu verwenden, in den Handel zu bringen, liegt durchaus nicht im Interesse des Verkehrs.

Fürst Radziwill (Pole) klagt sich über die Behandlung der Briefe mit polnischer Aufschrift. Die Uebersetzungsbureau's dienen als Art Quarantäne für die polnischen Briefe. (Sehr richtig! bei den Polen.) Was der Postsekretär mit der einen Hand giebt, wird so durch die Verzögerung der Befestigung wieder genommen. (Sehr richtig! bei den Polen.) Die Polen würden ihrem Volkstamm untreu werden, wenn sie auf das ihnen von Gott gegebene Gut der Muttersprache verzichten würden. (Bravo! bei den Polen.)

Dr. Dertel (R.): Wir verlangen von den Polen nur, daß sie, wenn sie alle Rechte als Deutsche beanspruchen, auch alle Pflichten der Deutschen übernehmen. Das Geheiß für die Muttersprache kann doch durch das Schreiben deutscher Adressen nicht verlegt werden. Im Uebrigen bin ich der Ansicht des Herrn Singer, daß die ganze Angelegenheit hier viel zu sehr aufgebauscht wird. Was die Bestellungen in Berlin anbelangt, so genügen die jetzigen 9 Bestellungen mir als Berliner durchaus. Herr Dr. Müller-Sagan könnte wirklich dem Herrn Staatssekretär auch dankbar sein, hat dieser doch sogar eine direkte Postverbindung zwischen Charlottenburg und Groß Lichterfelde in Aussicht gestellt, damit die Herren Richter und Müller-Sagan möglichst schnell mit einander korrespondieren können. (Gr. Heiterkeit.) Herr Singer hat diesmal nur den Biererlaß bemängelt, der nicht einmal vom Staatssekretär anging. Er hat ja auch nur die Form bemängelt, mit dem Inhalt können wir schließlich auch einverstanden sein. Auch wir verbannen ja die Bierflaschen von unsren doch recht anregenden Sitzungen. (Heiterkeit.) Zu wirklichen Klagen giebt nur der Vorortverkehr Anlaß, ich muß täglich für falsch frankirte Briefe und Druckfachen 50 Pfg. Strafporto zahlen. Es wäre zu erwägen, ob nicht allen Reichstagsabgeordneten, die in einem Vorort wohnen, eine Panichalkasse für Ergänzungsporto zugebilligt werden müßte. (Große Heiterkeit.)

Glebocki (Pole) bestritt gegenüber dem Abg. Drisla, daß von einer polnischen Agitation gesprochen werden könne. Es liege wirklich nur Chikane seitens der Post vor.

Staatssekretär v. Podbielski: Ich betone nochmals, daß nicht polnische Adressen als solche zurückgewiesen werden, sondern nur, weil sie unidentisch sind. Thatsache ist auch, daß große Banquiers in Polen erklärt haben, sie würden gern deutsche Adressen schreiben, aber die Kunden drohten, dann sofort jeden geschäftlichen Verkehr abzubrechen. (Hört, hört! rechts.) Ich hoffe, daß die Herzen noch erkennen, sie waren auf einem falschen Wege, und daß ich die Verpflichtung habe, einen ordnungsmäßigen Betrieb zu ergatten. — Die Klagen über den Nachbarortverkehr zeigen, daß die Einführung des billigeren Tarifs für Berlin und seine Vororte dem Publikum und den Behörden noch nicht in Fleisch und Blut übergegangen ist. Solche Klagen werden wir immer hören, solange wir nicht einen Einheitstarif haben. Warten wir zunächst ab, bis der Nachbarorttarif sich mehr eingelebt haben wird.

Stöcker (Wldf.): Bei den Polen liegt offenbar ein System vor. Wenn sie es nicht Agitation nennen wollen, so nennen wir es Terrorismus. Redner fordert eine höhere Gebühr für Pakete,

die am Sonntag bestellt werden und wegen des Steigens der Miethspreise eine Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses für die unteren Beamten. Redner empfiehlt von Zeit zu Zeit einen Ausschuß der Unterbeamten zur Besprechung der Miethstände zusammenzurufen.

Staatssekretär v. Podbielski: Ich bin immer willens, die Sonntagsruhe soweit wie möglich durchzuführen; ganz den Verkehr am Sonntag einzustellen, geht nicht an. Unsere Landbevölkerung beschwert sich schon jetzt, wenn an einzelnen entlegenen Orten die Sonntagsbestellung eingestellt wird. Für die Unterbeamten herrschen gerade in Berlin recht schwierige Verhältnisse; es wäre falsch, zu behaupten, daß ihre Bezahlung ausreicht. Aber die Lösung der Servis- und Wohnungsgeldfrage liegt nicht bei der Post, sondern bei anderen Behörden. An die Möglichkeit der Beamtenauschüsse glaube ich nicht.

Unterschaatssekretär Fritsche: Die Lösung der Aufgabe, eine einheitliche Rechtschreibung in der Reichsverwaltung einzuführen, hängt nicht von der Post allein ab. Ich kann nur sagen, daß die Postverwaltung das Ihrige dazu beibringt, eine Lösung zu finden. v. Liebmann (RP) wendet sich gegen die Polonisation der Namen deutscher Städte und gegen die polnische Adressirung von Briefen.

Dr. Müller-Sagan (Fp.): Ich habe nicht den Privatpostanstalten eine Thräne nachgeweiht, wie Herr Singer meinte, sondern nur auf die Infolge der Aufhebung der Privatposten gestiegenen Anforderungen an die Reichspost hingewiesen und Vermehrung der Beamten verlangt. Herr Singer warf mir mancherlichen Standpunkt vor. Ebenso gut könnte ich Herrn Singer als Manchestermann bezeichnen. Man nennt ja die Leute, welche den Standpunkt des laissen faire laiser aller vertreten, den Standpunkt der freien Betätigung der Kräfte. Diese hat ja Herr Singer in anerkannter Weise für die Postbeamten verlangt. Ebenso zu mißbilligen und beschämend für die Beamten wie der Biererlaß ist die Kleiderparade, zu denen die Beamten von Zeit zu Zeit antreten müssen. Bezeichnend für die Leute der Post ist die Anfrage, die vor kurzem ergangen ist, ob die Beamten nicht zum Theil im Winter Urlaub nehmen wollten. Redner wünscht des weiteren promptere Bestellung der Zeitungen, da durch die Nachlässigkeit der Post die ganze Arbeit der Zeitungen geradezu illusorisch gemacht werde.

Ledebour (SD) geht nochmals auf den Nachbarortverkehr ein. Friedrichsfelde und Weihensee gehören nicht zu den Vororten, die in das billige Porto einbegriffen sind. Der Vorortverkehr muß unbedingt in der nächsten Zeit ausgedehnt werden, die Zustände sind jetzt ganz unhaltbar und haarsträubend. — Noch einige Worte über die polnische Angelegenheit. Das Uebersetzungsbureau darf nicht zu einer schmerzlichen Falle für polnische Briefe werden, wie das thatsächlich geschehen ist. Man jagt, wer deutsch kann, soll auch deutsche Adressen schreiben. Ja, wer soll denn beaufsichtigen, ob der Uebersender deutsch versteht oder nicht. Mit dem Worte „deutsch“ wird von den Vertretern der halatistischen Idee ein schönes Spiel getrieben. Weil wir in einem deutschen Reich leben, deshalb behauptet man, müßten die fremdsprachigen Nationen, welche mit uns leben, nur die deutsche Sprache sprechen. Daß die Polen deutsch sprechen, liegt in ihrem eigenen Interesse, aber, wenn die Kinder in der Schule weder ordentlich deutsch noch polnisch lernen, so ist es nicht richtig, den Polen mit allerhand künstlichen Mitteln ihre Muttersprache abzugewöhnen. Indem wir eine fremdsprachige Bevölkerung in großen Massen als vollberechtigte Staatsbürger aufnehmen, ist es unsere einfache Pflicht, das Naturrecht dieses Volkes auf seine Muttersprache zu achten. Es ist geradezu empörend, derartige Aeußerungen zu hören, wie die des Herrn Liebmann. Ich erlaube daran, welcher Sturm von Entrüstung durch ganz Deutschland ging, als in Ungarn die deutschen Städtenamen magyarisiert wurden. Ich erinnere an die Behandlung der Deutschen in den Ostseeprovinzen. Sie, die die Polen unterdrücken wollen, haben nicht das Recht, sich darüber zu empören. Dazu haben nur wir das Recht, die wir wirklich Gefühl für die Ehre anderer Völker haben. Ihre Nationalität ist nur eine Polizeinationalität. Sie kommen nicht über die Idee der polizeilichen Bevormundung hinaus. Die einzige Lösung der Polenfrage ist die Herbeiführung des Gleichberechtigt sein. Die Polen zu internationalisieren, wird Ihnen nie gelingen!

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. v. Glebocki (Pole), Fürst Radziwill (Pole) und v. Liebmann wird die Diskussion geschlossen und Tit. 1 bewilligt.

Ebenso eine Reihe weiterer Artikel. Hierauf vertagt das Haus die Weiterberathung auf Dienstag 1 Uhr.

Schluß 5 1/2 Uhr.

Polnische Mundstücken

Deutschland.

Selbst die Landarbeiter — so geht der Agrarier-Schwindel — sollen durch die Zollerhöhung eine Ver-

besserung ihrer Lage erreichen. Was aber hauptsächlich die Landarbeiter erwartet, das zeigen, neben dem demnächst im preussischen Abgeordnetenhaus erscheinenden Ausnahmegesetz gegen den Kontraktbruch, die Verhandlungen der „Steuer- und Wirtschaftsreformer“ am Mittwoch. Rittergutsbesitzer C. Heilig-Garden sprach über die Erleichterungen im Gebiete der ländlichen Arbeiterfrage. Er bezeichnete die Arbeiterfrage für die Landwirtschaft als die wichtigste neben den Getreidezöllen, empfahl aber, sich auf folgende Resolution zu beschränken: „Die Landarbeiterfrage hat sich in den letzten Jahren noch verschärft und erscheint neben der Getreidezoll-Frage für Landwirtschaft und Staat als die dringendste.“ Der Gegenstand rief eine längere Erörterung hervor. Der nächste Redner, Herr von Nicht-Hofen, hielt die Resolution für platonisch und wünschte eine eingehender spezialisierte. Bundt-Kommission verlangte, daß schon die Kinder mehr zur landwirtschaftlichen Arbeit herangezogen würden, man müsse dahin streben, daß die Halbtagsschule allgemein gemacht werde. Herr von Frege bemerkte, daß er vom Reichstag sich keine Abhilfe verspreche, die Herren hätten für solche Anlegenheiten zu wenig Verständnis (!), eher sei von der Landesvertretung (Klassenparlament) Abhilfe zu erwarten. Die Resolution gelangte schließlich mit einem Zusatzantrage des Herrn v. Nicht-Hofen in nachstehender Fassung zur Annahme: „Die Landarbeiterfrage hat sich in den letzten Jahren noch verschärft und erscheint neben der Getreidezollfrage für Landwirtschaft und Staat als die dringendste, so daß die unverzügliche Durchführung der im Jahre 1899 vom Abgeordnetenhaus über den Antrag Gamp gefaßten Beschlüsse unabwendbar erscheint.“ Die Anträge Gamp bedeuten, wie noch erinnert sein wird, die völlige Verbeigenschaft der Landarbeiter.

In der Kommission zur Beratung der Seemanns-Ordnung wurden in der Donnerstag-Sitzung die Paragraphen 79 und 86, betr. die Disziplinargewalt des Schiffers fertig gestellt. Nach Ablehnung der dazu gestellten sozialdemokratischen Anträge, welche die Unterstellung der Schiffsjungen unter die väterliche Zucht des Schiffers, sowie die Zulassung der Uebertragung der Disziplinargewalt an die Schiffsoffiziere aus der Vorlage beiseite wissen wollten, wurden nach langer, theils sehr erregter Debatte die Anträge des Zentrumsgesandten Gehlenhagen angenommen, wonach die Schiffsjungen bis zum 17. Lebensjahre der väterlichen Zucht des Schiffers unterworfen sind und die Uebertragung der Disziplinargewalt an den ersten Offizier des Deckes und Maschinen dienstes zulässig ist, mit dem Zusatz, daß die Anwendung in jedem Falle dem Kapitän innerhalb 24 Stunden gemeldet werden muß. Am Freitag begann die Kommission die Beratung des § 80, der die Seeleute verpflichtet, sich feils müßtern zu halten und gegen Jedermann ein ungewisses und friedfertiges Betragen zu beobachten. Die Sozialdemokraten beantragten die Streichung dieses Paragraphen, da die Seemannsordnung ein Gesetz für vernünftige Menschen und nicht für unmündige Kinder sei und daß, was der Paragraph vorschreibt, selbstverständlich sei. Der Antrag wurde abgelehnt. In § 82, der bestimmt, daß der Schiffsmann ohne Erlaubnis des Schiffers keine Güter an Bord bringen oder bringen lassen darf, beantragten die Sozialdemokraten, dies Verbot auch auf die Schiffsoffiziere ausdrücklich auszudehnen, ein Antrag, welcher auch Annahme fand. Beim § 83 der eigentlich nur eine Fortsetzung des vorhergehenden bildet, wurde jedoch derselbe Antrag auf Widerspruch der Regierungsvertreter abgelehnt, da nach § 2 die Schiffsoffiziere schon an und für sich zur Schiffsmannschaft gehören und somit nur ihre Autorität leide.

Da nach § 84 der Schiffers die auf Grund der Vorschriften der §§ 82 und 83 getroffenen Anordnungen in das Schiffsstagebuch einzutragen hat, beantragten die Sozialdemokraten, eine Bestimmung einzufügen, daß diese Eintragung in das Logebuch sich auch zu erstrecken habe über den Verbiß an Bord geschwungener und etwa von ihm beschlagnahmter Waaren. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt.

§ 85 bestimmt, daß der Schiffers befragt ist, die Sachen der Schiffleute zur Verhütung einer Entweichung in Verwahrung zu nehmen, wenn das Schiff in einem Hafen liegt. Die Sozialdemokraten beantragten, den Paragraphen, der zu allererst die Erlaubnis geben können, zu streichen. Nach langer Debatte wurde aber schließlich der Antrag abgelehnt, da der Schiffers ein Mittel gegen die vielen Diebstahle haben müßte; dagegen gelangte ein Antrag des Abg. Risch (Z.) zur Annahme, wonach eine Beschlagnahme nur dann zulässig sein soll, falls den Umständen nach Entweichungen zu befürchten seien. In § 87, der von der Pflicht des Schiffers handelt, jede in Gemäßheit der Vorschriften des § 86 getroffene Verfügung mit Angabe der Veranlassung in das Logebuch einzutragen, hätten die Sozialdemokraten beantragt hinzuzufügen, daß sich diese Eintragung erstrecken solle, auf die „Zahl der auf Grund der ihm (dem Schiffers in § 86) übertragenen väterlichen Zucht etwa verübten Diebstahle mit Namhaftmachung des dazu benutzten Zuchtmittels“. Abg. Metzger (SD.) bezeichnete den Antrag als Konsequenz des am Donnerstag gefaßten Beschlusses, durch den Antrag könne auch später festgesetzt nachgewiesen werden, wie viel Diebstahle verübt sind, um die damit bezweckten Erziehungsresultate zu erzielen. Abg. Dr. Bergmann (FBp.) unterstützte den Antrag, während Abg. Jörke (FBp.) als Gegner der Präjudizale übernahm, und auch der Zentrum sich dagegen ausgesprochen. Es wurde der Antrag abgelehnt. In Anknüpfung an § 87 hätten die Sozialdemokraten

unter der Ziffer § 87 a, b, c und d eine Reihe von Entwürfen eingebracht, welche den Seeleuten das Vereins-Verjämmerungs- und Koalitionsrecht gewährleisten und die freie Ausübung desselben sichern sollen. Der Antrag, der vom Abg. Dr. Heitzfeld sehr ausführlich begründet wurde, wurde vom Unterhaushaltsekretär Rothe lebhaft bekämpft. Der Abg. Risch (Z.) beantragte schließlich nach langer Debatte die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung auf die Seeleute auszudehnen. Nachdem auch über diesen Antrag eine längere Diskussion stattgefunden hatte, erklärten die Antragsteller am Schlusse ihr Einverständnis mit dem von volksparteilicher Seite gemachten Vorschläge, die weitere Verhandlung des vorliegenden Gegenstandes (mit der Abstimmung) bis nach Erledigung des nächsten (fünften) Abschnittes betr. die Strafvorschriften auszusetzen.

Wieder ein neues Geschütz? Der „Rhein.-Westf. Z.“ wird aus sachverständigen Kreisen geschrieben, daß eine weitere Steigerung der Leistungsfähigkeit der Artilleriewaffe nicht ausgeschlossen sei und der „Vorwärts“ kann mittheilen, daß der Plan einer artilleristischen Neuausrüstung in handgreifliche Nähe gerückt ist. Die Neuausrüstung mit dem neuen Geschütz soll vollzogen werden durch Umänderung der jetzigen Geschütze nach der neuesten Konstruktion. Diese Umänderung ist von dem finanziellen Standpunkt aber fast gleichbedeutend mit vollständiger Neuausschaffung. Von den „alten-neuen“ Geschützen ist nämlich nur das Rohr zu gebrauchen. Von diesem wird der senkrechte Papfen abgearbeitet und das Rohr in die Wiege eingepaßt. Bassette, Rücklaufhemmung, Sporn u. s. w. sind vollständig neu. Nach diesem System ist jetzt bei Krupp bereits ein preussisches Geschütz umgearbeitet. Bei den Proben mit dem neuen Geschütz soll die Rücklaufhemmung so vorzüglich funktionieren haben, daß ein beim Abschießen auf das Rad gelegtes Gelbfeld seinen Ruhepunkt behält. Steuerzahler, freut Euch!

Kleine politische Nachrichten. Im Reichstag sollen in dieser Woche die Plenarsitzungen an einigen Tagen ausfallen, um den Kommissionen Gelegenheit zur euergeiligen Förderung ihrer Arbeiten zu geben. — Die Kommission für die Weingelege hat am Sonnabend den § 1 des Schaumweinergesetzes angenommen mit dem neu eingesetzten Verbot der Verwendung von Kunstwein bei Herstellung von Schaumweinen. Die verbündeten Regierungen erklärten sich gegen dieses Verbot. — Dem „K. Z.“ zufolge ist Abgeordneter Ricker schwer erkrankt. Sein Zustand läßt ernstes Bedauern erregen. — Die Gießfabrikanten Deutschlands haben in einer Zusammenkunft, welche dieser Tage in Berlin stattgefunden hat, beschlossen, den Preis pro Zentner Feine um 5 Mark zu erhöhen. — Der antimilitärische Abgeordnete Köhler-Langsdorf hat den dringenden Antrag an die zweite heilige Kammer gerichtet, die Regierung zu ersuchen, im Bundesrathe bei den handelsvertrags-Verhandlungen nur einem Getreideminimalzoll von 7 Mark zuzustimmen. Daß die Antimilitären, die Hilfstuppen der Agrarier, den Brodwucher mitmachen würden, war zu erwarten. — Die Geburtstagsfeier ist im Landtage von Reuß L. Z. doch nicht glatt durchgegangen, sondern mit Rücksicht auf die Stimmung im Lande an den Justiztag verschoben worden. — Der Rühlhäuser Gemeinderath beschloß, dem in der letzten Sitzung des Landesausschusses kundgegebenen Wunsch des Staatssekretärs v. Büttner entgegen, einen Ausschuss von fünf Mitgliedern zu wählen, der in der Bürgermeisterversammlung mit der Regierung herabzuführen soll. — Der Niederbayerische Waldbote“ wurde wegen eines Artikels über den deutschen Kaiser und General Roberts konfiszirt. — Moritz Lewy wurde vom Königl. Schwurgericht wegen wissenschaftlichen Meinens in 3 Fällen zu 4 Jahren Zuchthaus und 4 Jahren Ehrverlust verurtheilt. — Kundgebungen von Arbeitssolidarität haben bekanntlich in Budapest stattgefunden. Die ungarische Polizei scheint wieder einmal fürchtbar schneidig gewesen zu sein. Von den armen Hingegangenen und Friedernden wurden 3 schwer, 15 leicht verletzt und 35 verhaftet. Somit die soziale Staatsfürsorge für die wirtschaftlich Schwächsten sich glänzend offenbart hat. Reueigens wird jeder Schanzmacher überzeugt sein, daß nichts Besseres geleistet werden konnte. — Sieben Studenten in Kiev (Rußland), die sich weigerten, den Fahnenabend zu leisten und die an den letzten Demonstrationen theilgenommen hatten, wurden zum Tode verurtheilt. Man hofft, der Zar werde sie begnadigen. — Das ungarische Ministerium Petrov gab seine Entlassung, da es seine Mission mit der Durchführung der Bahnen als beendet betrachtet. — In Spanien herrscht Ruhe; so meldet die Zeitung, und deshalb wird wohl wohl sein. Der in Madrid erscheinende „Heraldo“ veröffentlicht eine Proklamation des Generals Weyler, in welcher dieser erklärt, er habe sein möglichstes gethan, um zu vermeiden, daß ihm von der Zivilbehörde Nachforschungen übertragen würden. Da nun aber das Kriegerecht proklamirt ist, so habe er die Pflicht, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Das Blatt „Dia“ ist verboten worden. Wie verlautet, sind bei den am Freitag stattgehabten Kundgebungen in Granada zwei Personen getödtet und mehrere verwundet worden. Aus der theilweisen Ministerkrisis ist jetzt eine vollständige geworden. Ministerpräsident Aguero legte Sonnabend der Königin die Gründe dar, die ihm seinen baldigen Rücktritt wünschenswerth erscheinen lassen. Der Ausbruch der Krise wird für diese Woche erwartet. Die Liberalen hoffen, mit der Regierung betraut zu werden.

England.

Die englische Thronrede. Am Donnerstag wurde das englische Parlament eröffnet. Die Eröffnung geschah mit größerem Prunk, als dies seit dem Regierungsantritt der Königin Viktoria geschehen ist. In der vom König verlesenen Thronrede wird zunächst hingewiesen auf die nationale Verdrüßnis und Trauer wegen des Verlustes durch den Tod der Königin. Der König wünsche lebhaft, in ihren Fußstapfen zu wandeln. Sodann heißt es weiter: „Inmitten des allgemeinen und persönlichen Schmerzes ist es mir eine Genugthuung, dem Parlamente zu versichern, daß die Beziehungen zu den anderen Mächten fortdauernd freundliche sind. Der Krieg in Südafrika ist noch nicht gänzlich beendet, aber die Hauptstädte des Feindes und die hauptsächlichsten Verbindungslinien sind in meinem Besitz. Es sind Maßregeln getroffen, welche, wie ich sicher hoffe, meine Truppen in den Stand setzen werden, den Strauchkräften, die ihnen noch gegenüberstehen, wirksam entgegenzutreten. Ich bedauere sehr den Verlust an Menschlichen und die Opfer an Geld, die der unglückliche

Guerillakrieg mit sich bringt, welchen die Buren in den Gebieten der beiden ehemaligen Republiken fortzuführen. Ihre baldige Unterwerfung ist in ihrem eignen Interesse sehr zu wünschen, da es mir, solange sie nicht erfolgt, unmöglich ist, in jenen Kolonien Institutionen einzuführen, die allen weißen Bewohnern gleiche Rechte und der eingeborenen Bevölkerung Schutz und Gerechtigkeit sichern werden. Die Einnahme von Peking durch die verbündeten Truppen und die glücklich vollzogene Besetzung derjenigen Personen, die in den Befreiungskämpfen belagert waren, sind Ergebnisse, zu welchen meine indische Truppen und meine Seemacht wesentlich beigetragen haben. Denselben folgte die Unterwerfung der chinesischen Regierung unter die Forderungen, auf denen die Mächte bestanden. Die Unterhandlungen werden fortgesetzt über die Art, in welcher die Zustimmung der chinesischen Regierung zu diesen Bedingungen zuverwirklicht ist.

Der König erwähnt Johann die Errichtung des Australischen Staatenbunds. In der Thronrede wird weiter mitgeteilt, daß die durch die Dürre in Indien hervorgerufene Nothlage und große Sterblichkeit durch rechtzeitig eingetretenen Regen bedeutend gemildert worden sei. Gleichzeitig wird dem Bedauern darüber Ausdruck gegeben, daß in der Präsidentschaft Bombay noch fortwährend große Elend herrsche, welches man abzuwenden bemüht sei. In den Budgetvoranschlägen für das kommende Jahr habe man ernstlich dafür Sorge getragen, die Beträge zu beschränken, aber die Erfordernisse für Heer und Flotte, besonders die Ausgaben für den südafrikanischen Krieg, hätten eine Erhöhung bedingt, zu verlangenden Kredite unvermeidlich gemacht. Die Thronerhebung mache es notwendig, aufs neue für die Zivilisten Vorsorge zu treffen. Der König stelle vorbehaltlos dem Unterhaus jene Einkünfte zur Verfügung, die auch die verewigte Königin ihm eingeräumt hatte. In der Thronrede werden schließlich Vorschläge zur Vermehrung des Heereskontingents und eine Reihe anderer innerpolitischer Vorlagen angeklügelt. — Die Thronrede verbirgt nur schlecht hinter angemessenen Worten das Unbehagen über den südafrikanischen Krieg. Beschreibender klingen die Sätze über das chinesische Fiasko. Von einer besonderen Intimität mit Deutschland enthält die Kundgebung kein Anzeichen. Dagegen wird auf eine Steigerung der Ausgaben für Heer und — Thun bedeutsam hingewiesen.

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegshauptquartier. Mit dem großen Siege, den Englands im Feldzuge bisher glücklicher General, der geschickte Reiterführer French, bei Ermelo errungen haben sollte, ist's wieder nichts. Necht kleinlaut meldet das Kriegsamt in London: „Die Gerüchte, nach denen General French eine Anzahl Buren in der Nähe von Ermelo gefangen genommen haben soll, bestätigt sich nicht.“ So die letzte Meldung aus dem Transvaal. Hieran anschließend seien zwei weitere Depeschen verzeichnet. Die erste aus Cradock vom 15. Februar besagt: „Ein Abtheilung von 60 Buren hat gestern zehn Meilen von hier einen Transport von 70 Pferden weggenommen, welche für die englischen Truppen bestimmt waren.“ Und die andere von Borth Elizabeth und ebenfalls vom 15. Februar datirt lautet: „Einem Privatbriefe zufolge haben die Buren viermal Bahnhöfe bei Ebenburg in die Luft gesprengt. Beim letzten Mal verloren sie durch Schüsse, welche aus einem englischen Panzerzuge abgegeben wurden, zwölf Tode und Verwundete.“ Und die Engländer, die die vier Bahnhöfe nicht retten konnten? Darüber schweigt der Bericht sehr bereit.

General Ritchener meldet aus de Mar von Sonnabend früh: Dewets Streiträfte überschritten Freitag vor Tagesanbruch die Eisenbahn bei Baartmanns Siding, nördlich von de Mar; Oberst Blumer folgte dem Feinde auf den Fersen. Die von Oberst Crabbe geführten Panzerzüge suchten den Feind am Ueberkreuzen der Eisenbahn zu verhindern, die Buren hatten jedoch die Schienen nördlich und südlich der Stelle, wo sie die Bahn passirten, aufgerissen. Die Engländer erbeuteten über 20 Wagen, viele davon mit Munition beladen, ein Maschinengeschütz und über 100 Pferde, 20 Buren wurden gefangen genommen. Die britischen Truppen sind auf der Verfolgung der Buren begriffen. — Kapitän Dr. Drahtmeldungen der „Daily Mail“ besagen:

Dewet dringt rasch in der Kapkolonie vor. Donnerstag Nacht überschritt er die Eisenbahnlinie Kapstadt-Kimberley nördlich von de Mar und zerstörte zwei Viadukte. Er verjagte über mindestens 1200 Mann und mehrere Geschütze darunter einen 15-Pfünder, den er den Engländern abgenommen. Präsident Steyn begleite ihn. Von den Kolonnen unter den Obersten Crabbe, Humber und Blumer werde er heftig verfolgt. Blumer habe einen Theil von Dewets Munition, etwa 15 Wagen erbeutet und mehrere Gefangene gemacht. Vor dem Uebergang über den Orangefluß sagte Dewet den Bürgern, daß Herzog, der jetzt als Präsident der beiden Republiken fungire, mit 4000 Mann in Paarlby liege.

Infolge Aufstretens der Pest haben die Eingeborenen in Kapstadt die Arbeit eingestellt. Eine Abordnung im Namen von 6000 Eingeborenen erklärte der zuständigen Behörde, daß sie nach ihrer Heimath zurückkehren wünschten. Die Behörde hat die Erlaubnis nicht erteilt. Die Schiffe, die die Ladung in Kapstadt laden sollen, sind infolge der Arbeitsniederlegung in großer Verlegenheit. Neue Befehle wurden bisher nicht gemeldet.

China.

Vom Chinawirrwarr. Ein in New-York aus Peking eingetroffenes Telegramm besagt: Die chinesischen Bevollmächtigten theilten dem Hofe mit, daß der letzte Beschluß der Gesandten unwiderrücklich (?) sei, doch könne die Bestätigung des über Auslieferung gefällten Urtheils aufgeschoben werden. — Eine Pekingische Depesche der „Morning Post“ vom 14. Februar besagt: Die chinesischen Kommissare wurden verständigt, daß der Hof nur einwillige, Puffien küssen und den Prinzen Tschuang erdrosseln zu lassen. Die Deutschen und Franzosen begünstigen eine Expedition nach dem Westen, aber die Russen, Amerikaner und Japaner sind gegen derartige Maßnahmen. Die Haltung der Briten ist ungewiß. Die „Central News“ melden aus Hongkong: In Gegenwart des deutschen, englischen und holländischen Konsuls wurden in Sampungku, in der Nähe des Schauplatzes ihrer Verbrechen, Freitag zwei Piraten enthauptet, die sich an dem jüngsten Ueberfall auf deutsche Schiffe betheiligt hatten. Graf Waldersee meldet vom 15. aus Peking: Nach dem heute unterzeichneten Abkommen wird die Bahn Schanghaikwan-Peking in der Zeit vom 21. bis 28. Februar an die Engländer übergeben werden. — Waldersee läßt fern

formell die Meldungen bemerken, daß die deutschen Truppen China verlassen. Er erklärt, er könne nicht einen Soldaten fortjeden, ohne von Berlin Befehl dazu erhalten zu haben. Ein weiterer Befehl sei aber nicht eingetroffen.

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 18. Februar 1901.

Wo bleibt der Achtuhrladenschluß für Lübeck?

Achtung, Parteigenossen! Der Obmann der Kommission, Genosse Asmus Beck, wohnt jetzt Dornestraße 26a.

Tegetelwachtel gefällig? Im Sprechsaal der „Lüb. Anz.“ regt „Ein Bürger“ an, ob sich nicht ein Bündnis zwischen „Vaterstädtischem“ und Bürgerrechtsverein empfehlen ließe. Wenn es auch kaum zu erwarten sei, daß es vorläufig gelingen werde, ein Mitglied der Umsturzpartei in „unserer doch denkbar demokratisch angelegte Bürger-schaft“ (köstlich!) zu wählen, so erscheine eine Einigung über die Kandidaten doch erwägenswert. Vor zwei Jahren habe es sich um die Wahl von Männern gehandelt, die sich notorisch im radikalen Fahrwasser bewegten, heute würde sich die Wahl aber wohl keineswegs auf radikale Männer zuspitzen. Der Vorsitzende des Bürgerrechtsvereins habe jüngst im „Vaterstädtischen“ ja durchaus beifällig über die Kandidaten gesprochen. (Wir kondolieren ob dieses Lobes!) — Das Amtsblatt giebt die Ausfaltung wieder, ohne an seiner Ansicht etwas zu ändern. Bessere ist ja nun freilich ohne irgend welchen Einfluß auf die Gestaltung der Dinge. Uns wäre es lieb, wenn die Verkuppelung zu stande käme. Um so gründlicher würde die reinliche Scheidung erfolgen.

Die Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter hielten gestern Nachmittag im Vereinshause eine außerordentlich stark besuchte Mitgliederversammlung ab. Nach einem beifällig aufgenommenen Vortrage des Genossen R. a. j. über „Die Entwicklung der Technik“ fand die Wahl des Delegierten zum Verbandstag in Nürnberg statt. Es entfielen auf Laadorn-Lübeck 93, Laffen-Riel 1 Stimme.

Der gebildete Hausknecht. In der Residenz des Schäfers A. K. wurde vor einigen Tagen der Dienstknecht Sch. wegen verschiedener Schwindelereien verhaftet. Die „Wissener Nachr.“ schreiben darüber: „Sch. ist auch als Revisor und Reutervorleser aufgetreten und hat bei Lübeck, Wölln, Rabe-burg und Lauenburg Reutervorträge gehalten. Zuletzt war er Hausknecht in Süden b. Uelzen. Nachdem er schon Anfang 1900 im Kreise Uelzen, z. B. in Steberdorf, unter dem Namen „Pastor v. Krebs“ für die Buren gesammelt, hat er diesen Schwindel in Brietlingen, Wische b. L. und Radbruch fortgesetzt, an welchem letzteren Orte er verhaftet wurde. Er ist inzwischen aus dem Wismarer Gefängnis nach Lüneburg transportiert. Es scheint, daß Sch. sich auch noch dadurch vergangen hat, daß er unter dem Namen „Leutnant Felix Brackfeld“ Vorträge über den Burenkrieg gegen Entgelt abgab und dabei erzählte, er sei als Mitkämpfer auf Seiten der Buren verwundet. Der Erste Staatsanwalt zu Lüneburg erläßt jetzt zu der Sache eine Aufforderung, in welcher es heißt: „Ich ersuche hiermit alle diejenigen, welche über das Treiben des Schäfers Näheres wissen, sowie die durch ihn Geschädigten mir oder der nächsten Polizeibehörde schleunigst Anzeige zu erstatten.“

„In freien Stunden“, illustrierte Romanbibliothek für das arbeitende Volk in Wochenheften à 10 Hg. Die Lieferungen 2 bis 6 enthalten die Fortsetzung des Romans „Domby und Sohn“ von Charles Dickens und „Anna“, Roman von S. Sinikiewicz. Die Illustrationen zu Domby sind ganz dem Charakter des Romans angemessen und spiegeln mit verständnisvoller Treue das englische Leben aus der Mitte des Jahrhunderts wieder. Das jetzt dem Lesenden beigelegte kleine Feuilleton enthält Skizzen, Novellen und kleine Notizen unter „Des und Jenes“ und „Wiß und Scherz“. — Bestellungen nimmt die Buchhandlung von Friedr. Meyer u. Co., Johannisstraße 50, sowie deren sämtliche Kolporteurs und Austräger jederzeit entgegen. Wir empfehlen unsern Lesern das Abonnement gelegentlich.

Gesellschaft. Bis auf Weiteres gilt: **Platzverkauf Gasanstalten**; Grobe hl 0,90 Mk., 20 hl und mehr 0,85 Mk., zerschlagen I hl 1,25 Mk., 20 hl und mehr 1,20 Mk., zerschlagen II hl 1,15 Mk., 20 hl und mehr 1,10 Mk.; **Lieferung frei in's Haus** durch Bernhöft u. Wilde oder Heinrich Diefel: Grobe hl 1,— Mk., 20 hl und mehr 0,95 Mk., zerschlagen I hl 1,35 Mk., 20 hl und mehr 1,30 Mk., zerschlagen II hl 1,25 Mk., 20 hl und mehr 1,20 Mk.

Schlechte Zeiten! Am Freitag geriethen nicht weniger als 19 Personen wegen Bettelns bezw. Obdachlosigkeit in Haft bezw. Schutzhaft! — Die Arbeitslosigkeit ist andauernd eine große, namentlich im Baugewerbe. Das muß auch von anderer Seite zugegeben werden. So wird z. B. dem „Hann. Cour.“ von hier geschrieben: „Leider ist vorläufig noch gar keine Aussicht auf Besserung, so daß sich der Nothstand noch verschärfen wird. Dieser macht sich um so fühlbarer, als auch das abgelassene Jahr keine rosigere Zustände gezeitigt hat und selbst in der Hochsaison eine ganze Anzahl im Baugewerbe beschäftigter Personen oft wochenlang ohne Beschäftigung waren. Auch am Hafen sieht es öde und traurig aus, da die Schifffahrt ruht und somit alle Hafenarbeiter keinen Verdienst haben.“ Möchte die Zeit der Krisis doch wenigstens jenen kurzfristigen Thoren die Augen öffnen, die bisher den gewerkschaftlichen Organisationen fernstanden! — In

Altona fand Sonnabend Vormittag eine von etwa 1000 Personen besuchte Arbeitslosenversammlung statt.

Das Ergebnis der Viehzählung im lübischen Staate ist folgendes: Pferde 3875 (1897: 3740), Rindvieh 8552 (8756), hiervon im Schlachthause, in der Viehmarkthalle und der Quarantäneanstalt 88 (253), Schafe 3264 (3422), Schweine 10 391 (9002), Ziegen 1785 (1691), Gänse 934, Enten 939, Hühner 41 627, Truthühner 180, Perlhühner 138, Bienenstöcke 1721 (1426).



Morgen Abend „Pereushaus“ Strzelewicz!



Aus der Genossenschaftsbewegung. Der Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ in Hamburg hat im Monat Januar d. J. in 14 Verkaufsstellen einen Umsatz von 114 849 Mark gegen 45 403 Mark in 6 Verkaufsstellen im Januar des Vorjahres. Der Durchschnitts-Monatsumsatz pro Verkaufsstelle betrug 8200 Mark, im Vorjahre 7 600 Mark. Von den Verkaufsstellen liegen 7 in Hamburg 3 in Altona und je eine in Wandsbek, Schiffbek, Langenfelde und Bergedorf. Die 15 und 16. Verkaufsstelle werden in Hamburg errichtet. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 7162, beigetreten sind im Januar 507 Mitglieder, sodas am Schluß des Monats 7669 Mitglieder vorhanden waren. — Der Konsumverein zu Oldenburg i. Gr., der zumeist Arbeiter zu seinen Mitgliedern zählt und auch den Verwaltungsrath zum Theil aus Arbeitern gebildet hat, wird in diesem Jahre eine Dividende von 10 Prozent verteilen.

Aus der Theaterkasseler wird uns gemeldet: „Die Puppe“ läßt eine unverminderte Zugkraft aus, und sieht sich die Direktion veranlaßt, dieselbe morgen Dienstag zur achten Wiederholung zu bringen. Mittwoch gelangt auf vielfachen Wunsch zum letzten Male die Komödie von Dreier „In Behandlung“ und der lustige Schwank „Der Hochzeitsstag“ von Wolters zur Aufführung. „Der Auszug in's Sittliche“, Komödie von Georg Engel, wird Sonntag zum ersten Male gegeben. Das Stück begegnete in Berlin bekanntlich großen Zornlichkeiten, und wurde nach ergriffenem Refus des Verfassers erst freigegeben.

Gegen den Brodwucher hat die Korporation der Kaufmannschaft R. a. j. Stellung genommen. Senator Koch, der dem Ausschuss des Handelsvereins als Mitglied angehört, führte aus, daß für die See- und Hafenstadt R. die Aufrechterhaltung der bisherigen Handelspolitik von außerordentlicher Wichtigkeit sei. Werden die Zollverträge nach den Wünschen der Agrarier erhöht, so besteht die Gefahr, daß unser Hafen verödet. Dr. Witte gab dem Wunsch Ausdruck, daß sobald der Zolltarif bekannt gegeben sei, der Vorstand der Korporation in Verbindung mit dem Vorstand des Mecklenb. Handelsvereins eine öffentliche Versammlung aller Handeltreibenden veranstaltete, in der eine Stellungnahme zu den Handelsverträgen und der Handelsvertrags-Politik erfolgen müsse. — In Delmenhorst protestirte eine von 300 Personen besuchte Volksversammlung nach einem Referate des Landtagsabgeordneten Genossen Paul Hug gegen die Erhöhung der Getreidezölle.

Kleine amtliche Nachrichten. Der erste diesjährige Pferdemarkt findet am Donnerstag, den 28. ds. Mts., bei der alten Kaserne statt. — Am Dienstag, den 19. Febr., Vorm. 10 Uhr, Holzverkauf beim Gemeindevorsteher Ehlers in Behlendorf. Forstort Finkenröhden: 56 Haufen buchen Durchforstungsbuch; Forstort Moorburg, Obense: 56 Haufen hartes buchen Stangenholz; Forstort Bohrade, Langenhörn: 12 Km. eichen Kluft und Knüppelholz, 39 Km. buchen und eichen Kluft und Knüppelholz, 82 Km. birken und eichen Kluft und Knüppelholz, 16 Km. eichen Kollholz (2 Meter lang), 90 Haufen eichen Kollholz, 115 Haufen eichen und eichen Buch. — In das Handelsregister ist am 15. d. Mts. eingetragen die Firma „Emil Aron, Stettin.“ Zweigniederlassung in Lübeck Inhaber: E. Aron, Kaufmann in Stettin, D. Wolfram, Kaufmann in Stettin, E. Aron, Kaufmann in Hamburg. Offene Handelsgesellschaft. Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1899 begonnen. Prokurist: J. S. E. Teschman. — Die Einkommensteuer für die Vorstädte, Landbezirke und Travemünde ist im Laufe dieses Monats zu entrichten. — Am Sonnabend den 23. Februar d. J., Vormittags 10 Uhr, sollen in der Gastwirtschaft von Neu-Lauerhof, Arminstraße, aus den Forstorten Westloer Tannen und Hammer ca. 500 Rmtr. Kiefern Kluft- und Knüppelholz öffentlich meistbietend verkauft werden.

„Ach so! Aus Mecklenburg!“ Unter dieser Spitzmarke berichtete der „Hamburgische Correspondent“ Folgendes: Vor der Zivilkammer IV des Hamburger Amtsgerichts sollte ein Mann in den mittleren Jahren einen Offenbarungseid ablegen, unter gleichzeitiger Verbringung eines Vermögensverzeichnis. Er erklärte jedoch, hierauf nicht vorbereitet zu sein. Auf das Verlangen des amtierenden Richters, das Verzeichnis seiner wohnt nicht allzureichen Besitztümer an Ort und Stelle niederzuschreiben, erklärte der Mann zur allgemeinen Verblüffung der Anwesenden, er könne nicht schreiben! Als nach einer kleinen Erstaunenspause der Richter meinte, das käme ja heutzutage doch höchstens noch in der Polakerei vor, ob er da her stamme und wo er sonst aufgewachsen sei, erwiderte der Gefragte: „In Mecklenburg!“ Mit einem verständnisvollen nicken: „Ah!“ quittirte der Richter diese Auskunft mit dem Hinzufügen: das sei das erste Mal, daß ihm in seiner amtlichen Praxis ein solcher Fall vorgekommen sei. — Die „Mecklenb. B.-Z.“ bemerkt hierzu: „Wir glauben dem Amtsrichter auf's Wort, daß dies sein erster derartiger Fall in seiner Praxis war und

können uns des Amtsrichters Erstaunen gut vorstellen, in das er gerieth, weil ein Mann in den mittleren Jahren nicht schreiben kann. Wenn der Hamburger Amtsrichter aber bedenkt, daß Mecklenburg ein Junkerland und daß die Schule von den einflussreichen Personen in Mecklenburg als Stiefkind behandelt wird, dann wird er sich erklären, daß Mecklenburg Analphabeten stellt. Eine Entschuldigung dafür giebt es freilich nicht! Dieser leidige Zustand wird aber wohl aller Zivilisation zum Hohn so lange aufrecht erhalten werden, als das Gutbesitzerparlament in die Erscheinung tritt.“

Gutiu. Eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung findet am Sonnabend, den 23. d. M., Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn P. Schröder hier selbst statt. Genosse Friedrich Hüttmann-Hamburg wird referiren über das Thema „Wie können die Arbeiter ihre Lebenslage verbessern?“ Genossen! Agitirt für zahlreichen Besuch!

Lauenburg. Ueber Ergebnisse eines Soldaten, der hier f. St. gefaßt wurde, berichtet die „Sächs. Arb.-Bz.“ unter der Stichmarke „Luftig ist's, Soldat zu sein...“ wie folgt: „Wer das nicht glauben will, der braucht sich nur die Mühe zu nehmen, den Verhandlungen vor dem Militärgericht beizuwohnen, da wird er von seinen Zweifeln befreit werden. Jetzt fand vor dem hiesigen Militärgericht eine Verhandlung statt, welche viele Einblicke in das Soldatenleben thut. Es waren zwei Personen zugleich angeklagt, und zwar der Oberjäger Leibniz vom 1. Jägerbataillon Nr. 12 (2. Komp.) in Freiberg wegen Soldatenmisshandlung und der Jäger Hans Reich wegen Fahnenflucht, Diebstahls und Beleidigung. R. wird als ein intelligenter, geistig gut veranlagter Mensch bezeichnet. Aber er konnte sich eben deshalb nicht in der gewöhnlichen Weise an den militärischen Drill gewöhnen. Sein Vorgesetzter, der Oberjäger L., gerieth darüber in Zorn, daß bei R. die übliche schablonenmäßige Lehrmethode nicht recht fruchten wollte. Er will viel Aerger mit dem nicht „an Zucht und Ordnung zu gewöhnenden Menschen“ gehabt haben. Um doch seinen Zweck zu erreichen, griff L. zu brutalen Mitteln. So sagte er R. beim Exerzieren einmal bei der Gurzel, zog seinen Hirschfänger und drohte ihn zu ersticken. Bei einer Schranke durchschritt verlegte er ihm ferner einige Ohrfeigen, sagte ihm am Halse und schlug ihn gegen den Schrank. Ein andermal wieder ohrfeigte er den R. abermals, schlug ihm ein paar Pölen um den Kopf und schleuderte schließlich einen Holzschmel nach ihm. Auch beim Nachexerzieren wurde Reich von Leibniz schlecht behandelt. Ferner drohte L. dem R. an, er werde ihn schon noch ins Militärgefängnis bringen, und außerdem sagte er ihm einmal vor versammelter Mannschaft: „Sie Lump. Sie Stolz, ich möchte bloß wissen, aus welcher Familie Sie stammen. Ihr Vater mag ein schönes Stück Möbel sein.“ R. war begreiflicherweise empört über solche Behandlung und Demüthigung, bei der man sich sogar vor einer Beschimpfung seines Vaters nicht scheute. In solcher Stimmung ergrieff R. die Flucht. Er schlug sich mit Noth und Mühe, mit Hilfe aller möglichen Mittel durch. Er war genöthigt, sich einen falschen Namen beizulegen, benutzte gestohlene Legitimationspapiere, bettete sich bis Hamburg durch, und wurde schließlich in Lauenburg wegen Diebstahls zu einer kleinen Gefängnisstrafe verurtheilt. Das war aus dem jungen, intelligenten, unbescholtenen Manne geworden! Wer hat die Schuld daran?? — In Lauenburg wurde nun die Identität R.'s festgestellt. — Das Militärgericht verurtheilte den Oberjäger zu zwei Monaten drei Wochen Gefängnis, während man dem Jäger Reich zehn Monate eine Woche aufbrannte. Der Vertreter der Anklage hatte für L. vier, für R. acht Monate beantragt. Das Gericht ging also bei L. wesentlich unter, bei R. aber sehr über diesen Antrag bei Auswerfung der Strafe. — Wir glauben mit dem einleitenden Sage, nach Schilderung des Falles, nicht zu viel gesagt zu haben. —“

Kleine Chronik der Nachbargebiete. In Schem bei Lauenburg wurde die Scheune des Hofbesizers Gent mit dem gesammelten Inhalte ein Raub der Flammen. — Der Hofbesizer Burhard vom Brandenerhof bei Pinneberg wurde wegen Mißthänterei zu 300 Mk. Geldstrafe verurtheilt. Er hatte reiche Böllmilch durch abgerahmte Milch vom Abend vorher gewohnheitsmäßig „veredelt“ und behauptete, das würde allgemein geübt. — Wegen Körperverletzung im Amte hatte sich in Kiel der Kriminalschutzmans Streife zu verantworten. Er sollte einen wegen einer Bagatelldiebstahl straffenden Stellmacher mit dem Fuß in den Rücken gestoßen und ihn im dunklen Nachzimmer mißhandelt haben. Entgegen dem auf 3 Monate Gefängnis lautenden Antrage des Staatsanwalts erkannte das Gericht wegen nicht ausreichenden Beweises auf Freisprechung. — Bei Abbrucharbeiten auf der alten Gasanstalt in Gaarden explodirte Sonnabend Mittag eine seit Mittwoch in einer Kaimauer liegende, bei früheren Sprengungen nicht freipirte Dynamitpatrone, als der Arbeiter Grothe mit der Hacke gegen dieselbe schlug. Grothe und ein Arbeiter Hoffmann erlitten Kopfverletzungen, der Arbeiter Reich schwere Fleischwunden an den Beinen und am Kopf, welche seine Ueberführung in die Klinik vernothwendigten, während der Arbeiter Glasow ein Auge völlig verlor und das zweite bedrohlich verletzt wurde. S. ist Vater von 10 Kindern. Er wurde in die Augenklammer geschafft. — In Engelshy bei Flensburg wurde das Gewebe des Landmannes Wangelsen von unbekannter Hand in Brand gesetzt. Der Unhold hatte das Dach gerade über das Schlafkabinenfenster angezündet. — In Flaßhy (Angeln) erlitt ein kleines Arbeiterkind in einem unbewachten Augenblicke so schwere Brandwunden, daß es starb. — Von der Strafammer in Flensburg wurde der frühere Amtsvorsteher von Radding, Thiermann, von der Anklage, die Fink des kürzlich wegen Unterschlagung verurtheilten gewesenen Amtsbüroers Broderse benutzend zu haben, freigesprochen, da ihm das Bewusstsein der Rechtswidrigkeit gefehlt habe. — Auf der Spanfer Wismar-Küch gerieth ein Knecht aus Gramkow beim Abbringen von seinem Fahrwerk unter die Räder und erlitt einen Bruch beider Oberextremitäten. — In einem Gasthause in Lüdowig-

Zum Leipziger Buchdrucker-Streit.

In Folgendem unterbreiten wir unseren Lesern im Wortlaut die Abhandlung des Parteivorstandes über den Leipziger Konflikt. Bei der Wichtigkeit des Gegenstandes ist es durchaus notwendig, daß unsere Genossen eingehend und auch objektiv von der ganzen Sachlage unterrichtet werden. (Red.)

Die Differenzen zwischen unseren Leipziger Genossen und den dortigen Verbandsmitgliedern Deutscher Buchdrucker und Schriftgießer beschäftigten in wiederholten Sitzungen auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Bei diesen Verhandlungen trat immer wieder der Wunsch zu Tage, durch Vermittlung, zwischen den in Differenz gerathenen Körperschaften, den leidigen Streit aus der Welt zu schaffen.

Da sowohl in der Parteipresse wie auch in der Fraktion Urtheile über die Leipziger Vorgänge laut geworden sind, welche nur aus irrtümlicher Information entstehen konnten, beschloß die Fraktion, den Partei-Vorstand zu ersuchen, in einer besonderen Darstellung den chronologischen Verlauf der Angelegenheit festzulegen. Diesem Zweck soll das vorliegende Zirkular entsprechen.

Um die in Leipzig in so unheimlicher Weise zu Tage getretenen Differenzen zu begreifen, muß man sich gegenwärtig halten, daß dort zwischen der Partei und der Ortsorganisation der Buchdrucker schon seit langen Jahren ein gespanntes Verhältnis besteht. Die Ortsorganisation der Buchdrucker in Leipzig, deren Mitgliederzahl über 2000 betragen soll, hat in ihrer Mitte eine große Zahl — ja wahrhaftig die Mehrheit — von Personen, die der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung fremd, zum Theil sogar feindlich gegenüber stehen. Es kommt dazu, daß der Verband von jeher Freunde und Gönner auch in den Prinzipalkreisen gehabt hat. Auf diese Kreise, sowie auf die politisch indifferenten Mitglieder mußte nun die lokale Verbandsleitung allezeit Rücksicht nehmen und so kam es z. B., daß die im Verbandsorganisirten Buchdrucker für ihre Versammlungen und besonders für ihre Feste, sich nie, oder doch nur ausnahmsweise an die Beschlüsse der übrigen, politisch und gewerkschaftlich organisirten Arbeiter hielten. An mehr oder minder lebhaften Reibereien zwischen den organisirten Buchdruckern einer- und den Parteigenossen andererseits hat es also in Leipzig schon in früheren Jahren nicht gefehlt. Diese Zwistigkeiten übertrugen sich auch auf die übrigen gewerkschaftlich organisirten Arbeiter, die fast ausnahmslos für die Partei und gegen den Buchdruckerverband Partei ergriffen. Größeren Umfang nahmen diese Zwistigkeiten aber erst an, als in Folge des Abschlusses über die Tarifgemeinschaft im Jahre 1896 unter den Verbandsmitgliedern selbst es zur offenen Auseinandersetzung kam. Ein Bruchtheil der Verbandsmitglieder, an ihrer Spitze der damalige Redakteur des Verbandsorgans „Correspondent“, (Sach), wollte von der Tarifgemeinschaft um keinen Preis etwas wissen, während die Zentral-Verbandsleitung den Tarifvertrag zum Abschlusse brachte und dafür die Zustimmung der erdrückenden Mehrheit der Verbandsmitglieder fand. Damit aber nicht zufrieden, schritt die Zentral-Verbandsleitung, unter nicht ganz zweifellos freier Ausnützung ihrer übertragenen außerordentlichen Vollmachten, zum Ausschlusse der Führer der Opposition aus dem Verbandsorgan. Dadurch gingen die ausgeschlossenen ihrer, durch jahrelange Beitragsleistung erworbenen Rechte in die diversen Verbandsklassen verlustig und wurde der Zwist erheblich verschärft. Die nächste Folge des Ausschlusses war, daß die ausgeschlossenen und ihre Freunde eine neue Organisation „Die Gewerkschaft der Buchdrucker i. v.“ ins Leben riefen, deren Organ die „Buchdrucker-Wacht“ ist.

Während nun das Gros unserer Parteiorgane und selbstständig unsere Parteioorganisation als solche, dieser Aus-

einandersetzung unter den Arbeitern des Buchdruckergerwerbes gegenüber sich neutral verhielten, nahmen unsere Leipziger Parteigenossen und an deren Spitze unser dortiges Parteiorgan, die „Leipziger Volkszeitung“, von vornherein entschiedenen Partei für die Tarifgegner. Man erklärte den Tarifvertrag für einen Bruch mit den Grundsätzen, die für die zielbewusste Arbeiterschaft maßgebend sein müssen und das Verhalten der Verbandsleitung und der ihr zustimmenden Majorität für einen Verrath an der Arbeiterschaft. Das Verbandsorgan, der „Correspondent“, dagegen proklamirte nun, bald in offener, bald in mehr versteckter Form, den Kampf gegen unsere Partei, obwohl diese offiziell sich in den Buchdruckerstreit gar nicht gemischt, eine große Zahl unserer Pressorgane sich sogar offen für den Tarifantrag ausgesprochen hatte. Daß der Ausschluß der Opposition aus dem Verbandsorgan und die damit verknüpfte schwere pekuniäre Schädigung der Betroffenen in der Parteipresse allgemein verurtheilt wurde, ist richtig, aber ohne Belang für das grundsätzliche Verhältnis zwischen der Partei und dem Verbandsorgan. Zu bedauern bleibt es, daß unsere Leipziger Genossen und ihr Organ bei ihrem Verhalten gegenüber den Differenzen im Buchdruckerverbande von der allgemein innegehaltenen Richtung der Partei abgewichen sind und Partei ergreifen haben. Gerade wenn man der Ansicht ist, daß die maßgebenden Leiter des Verbandes bemüht darauf hinarbeiten, den Verband immer mehr in Gegensatz zur Partei zu bringen, immer mehr von ihr abzurücken und den Verband von der Mitverantwortlichkeit für die Erscheinungen auf dem Gebiete der modernen Arbeiterbewegung frei zu machen, war es verfehlt, dieses Sezessionsstreben der Verbandsleitung dadurch zu unterstützen, daß man in einer Frage schroff gegen den Verband Stellung nahm, über deren Würdigung in der Partei selbst keineswegs Uebereinstimmung herrschte.

Leider verblieb es nicht bei diesem einzigen taktischen Verstoße unserer Leipziger Genossen. Der Beschluß des Ausschlusses der Verbandsvertreter aus dem Leipziger Gewerkschaftsartikell war so verfehlt, daß die Beschlußfasser ihn selbst wieder zurückgenommen haben. Die mittlerweile in der „Leipziger Volkszeitung“ vorgetragene Entschuldigung für den Beschluß, daß man, gereizt durch Provokationen des Correspondent-Redakteurs Reihäuser übereilt beschloßen habe, erklärt natürlich garnichts. Herr Reihäuser hat sich offen und ohne jeden Vorbehalt als bewußter Gegner unserer Partei ausgesprochen, Grund genug, gerade diesen Herrn von allem Einflusse auf unsere Beschlüsse fern zu halten.

Da nun das Druckerpersonal der „Leipziger Volksztg.“ ein gemischtes war — es bestand zu zwei Dritteln aus Verbands- und zu einem Drittel aus Gewerkschaftsgehern —, so blieben kleine Reibereien und Redereien natürlich auch dem Seherjaale nicht ferne. Der Leitung der Druckerei und der Friedensliebe der meisten Beschäftigten war es aber zu danken, daß ernstere Konflikte immer vermieden wurden. Vor einigen Monaten entschloß sich die Geschäftsleitung der Druckerei der „Leipziger Volkszeitung“ zur Einführung von Sechsmaschinen. Der Grund für diese Neuerung ist in der außerordentlich scharfen Konkurrenz der Bourgeoisunternehmungen zu suchen, welche Konkurrenz für unsere Geschäfte umso empfindlicher wirkt, als bei uns im Durchschnitt günstigeren Arbeitsbedingungen gewährt werden als bei den Konkurrenten. Das Seherpersonal der „V. W.“ anerkannte die Nothwendigkeit, mit Sechsmaschinen den Anfang zu machen.

In Folge der Einstellung von zwei Sechsmaschinen mußten Seher entlassen werden und die Geschäftsleitung brachte diese Angelegenheit vor die Prekommission, die ihrerseits wieder die örtliche Parteileitung mit heranzog. In gemeinschaftlicher Sitzung wurde nun beschlossen:

Bei der Auswahl der zu Entlassenden neben der geschäftlichen Thätigkeit auch auf die Thätigkeit als Parteigenossen Rücksicht zu nehmen.

In Ausführung dieses Beschlusses wurden von der Ge-

schäftsleitung zunächst zwei seit längerer Zeit beschäftigte Mitglieder der Gewerkschaft entlassen. Ein Einspruch dagegen erfolgte von keiner Seite. Mit der zunehmenden Leistungsfähigkeit der Maschinenseher machten sich weitere Entlassungen nothwendig und traf nun die Kündigung zwei Verbandsseher.

Ueber die Vorgänge im direkten Anschlusse an die Kündigung der beiden Verbandsseher berichtet der Geschäftsleiter der Druckerei wie folgt:

„Ich glaubte es fertig zu bekommen, ohne große Erregung hervorzurufen, 2 von dieser und 2 von jener Organisation zu entlassen, damit wollte ich die Parteigenossen, aber auch die Organisation befriedigen. Ich habe mich getäuscht; hätte ich gedacht, der Kampf würde in der maßlosen Weise toben, hätte ich mich natürlich von vornherein anders gehalten. Aber gerade meine Offenheit und Ehrlichkeit, mit der ich vorgegangen bin, beweist, daß der Kampf von uns nicht beabsichtigt war.“

Mir wurde der Vorwurf gemacht, ich hätte nicht sagen sollen, die Entlassung sei wegen nicht genügender Parteithätigkeit erfolgt. Dem gegenüber will ich ausführlich darlegen, wie die Parteithätigkeit bei der Kündigung zur Sprache kam. Nachdem der Metteur den 2 Verbandsmitgliedern Zichommler und Trimper gefündigt hatte, kam Trimper zu mir und fragte, weshalb ihm gefündigt worden sei. Ich sagte ihm, daß Arbeitsmangel vorliege und er sowohl wie Zichommler anderwärts leichter Arbeit fänden als andere Seher, die ob ihrer politischen oder gewerkschaftlichen Thätigkeit schwer oder gar keine Arbeit erhalten. Zwei Stunden später kam die dreigliedrige Kommission der Verbandsmitglieder zu mir. Von diesen 3 Mann (Schneider, Köhl und Wogenitz) waren erstere 2 in jener Parteileitungssitzung anwesend, in der der mehrfach genannte Beschluß gefaßt worden war. Köhl fragte mich, ob ich mich bei den Kündigungen auch nach dem Parteibeschluß gerichtet hätte, was ich nicht verneinte; ich konnte mich doch nicht als Lügner hinstellen lassen. — So ist also die Parteithätigkeit zur Sprache gebracht worden. Der Fehler ist eben der, daß der Beschluß überhaupt gefaßt wurde, und ihm die hiesigen Genossen zustimmten.

Wenn verbandsseitig die Behauptung aufgestellt wird, es sei ein Schlag gegen den Verband geführt, so wurde überall und auch in der Parteileitung ausbrüchlich erklärt, daß dies nicht der Fall sei. Uebrigens schon deshalb nicht, weil etwa zwei Drittel der Verbandsmitglieder sich an den Parteiarbeiten beteiligten. Dies haben wir der Kommission gegenüber wiederholt erklärt.

Nach dieser Darstellung ergibt sich also einmal, daß Mitglieder des Verbandes als Parteigenossen an dem Beschlusse betheiligt waren, die Entlassung wegen nicht genügender Parteithätigkeit mitgewirkt haben und zweitens, daß von den Verbandssehern resp. ihrer Vertretung ein grundsätzlicher Widerspruch nicht erhoben wurde, auch nicht, als in Verfolg des Beschlusses zwei Gewerkschaftsgehern entlassen wurden. Dieser Widerspruch wurde erst laut, als zwei Verbandsseher an die Reihe kamen.

Wird dadurch auch an unserer Bewertung des erwähnten Beschlusses nichts geändert, so scheint sich daraus doch mit Sicherheit zu ergeben:

1) daß man auch in Verbandskreisen dem Beschlusse von Hause aus nicht die prinzipielle Tragweite beilegte, die man später darin suchte;

2) daß die im weiteren Verlaufe der Angelegenheit verbandsseitig immer wieder aufgestellte Behauptung: der Beschluß der Parteileitung sei nur zu dem Zwecke gefaßt worden, um eine Handhabe zu haben, nach und nach sämtliche Verbandsmitglieder aus der Druckerei zu entfernen, den Thatfachen nicht entspricht.

Wie der Partei-Vorstand über den viel erwähnten Leipziger Beschluß denkt, darüber spricht sich der nachstehend abgedruckte Brief vom 13. November 1900 in

Frauenloos.

Roman von E. Vely.

15. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

„Wollen Durchlaucht“ — Eine saßt mit plötzlichem Entschlusse selber nach seiner Hand, schiebt den Rockärmel zurück, ist die Manschette und beginnt, mit einem Leinenläppchen die ziemlich tiefe Wunde sanft auszuwaschen.

Der Prinz sieht ihr lässig zu, dann bleibt sein Blick auf ihrem weißen biegsamen Hals mit dem goldenen Flaum hängen. Von der kleinen Frau mit dem schönen Wesen geht eine seltsame Frische aus. „Sie verstehen das ja ordentlich!“

„Wir sind ein kinderreiches Haus und auch den Arbeitern mußten wir beibringen, das wollte der Vater“, erzählt er einfach. „In unserm Geschäft kommt leicht allerhand mit Schlägen und Wundrügen vor.“

„Da hat Sie mir ja gerade ein glücklicher Zufall in den Weg geführt.“

Sie lächelt, er denkt das nun aber freilich in anderer Beziehung.

„Gefällt es Ihnen denn wirklich in der Enge, ich hörte nämlich von Wid — und dann, Ihre Eltern — ist doch wohl ein kleiner Abstand hier in unserm Nest. Ja, da finde ich Sie nun einmal und Ihr Mann hat guten Geschmack beiseiten.“

„Sie müssen sich eben abfinden — allgemach findet auch wohl mehr Zeitvertreib.“

Sie legt eben geschickt eine Binde um. „Ich bin ganz zufrieden“, küßt sie, ohne die Binde zu heben. „Auf den Glacehandschuh werde ich wohl in nächster Zeit verzichten müssen“, meint Prinz Louis.

„Durchlaucht werden doch auch den Arzt nachsehen.“

mit einer Nadel fest, die sie dem eigenen Anzug entnimmt. „So!“

„Sie machen mich wirklich zu Ihrem Schuldner!“ sagt der stattliche Mann. „Ich bin Ihnen sehr dankbar — nicht nur“ — er stockt und lächelt; er saßt mit der Linken nach ihrer Hand und drückt sie rasch gegen seine Lippen.

„Aber Durchlaucht.“ Sie hat noch nie einen Handschuh empfangen und steht halb verlegen, halb belustigt da. „Inwiefern ist das gar nicht gewöhnt — wir sind einfache Leute.“

„Sie, meine kleine barmherzige Schwester, ragen weit“ — er vollendet nicht, mißt sie wieder mit dem eigenthümlichen Blick und geht nach dem andern Schranke, aus dem er Gläser und eine Flasche nimmt. „Ein stärkender Tropfen — thun Sie mir Bescheid.“

Sie wagt nicht zu danken, sie hebt das Glas an die Lippen.

„Genippt wie ein Schmetterling!“ ruft der Prinz. „Das laß ich nicht gelten. Bitte, auf mein Wohl!“

Das ist ein feurriger, süßlicher Wein, der ihr heiß macht. Er tritt neben ihren Sessel und drückt sie mit sanfter Gewalt nieder, als sie aufstehen will.

„Hatten Sie Heimweh?“ fragt er.

„Sehr — zuweilen auch jetzt noch. Und heute sind meine Eltern abgereist.“ Ihre Stimme zittert.

„Arme, kleine Frau!“ Ganz sanft gleitet seine Hand über ihre Schulter. „Wenn man wüßte — wirklich, ich habe eine warme Sympathie für Sie! Neulich da im Walde, als ich Sie zum ersten Mal sah.“

Wo hat sie nur ihre Gedanken gehabt, er ist es doch gewesen, der ihrem Manne die gewünschte Arbeit verschafft hat und sie hat ihm noch mit keinem Wort gedankt. „Durchlaucht“, sagt sie rasch, ganz achlos, daß er jetzt ihre Finger hält. „Durchlaucht wollen sich unterthänigst Dank sagen lassen, daß meine Bitte so schnell —“

„Eine Bitte?“ er erinnert sich nicht gleich. „Mein Mann ist heute oben im Schloß.“

„Ach so, ja.“ Gelegentlich hat er eine Bemerkung gemacht und dann die Sache wieder vergessen. Gut, daß Wid zuverlässig ist.

„Freut mich! Eine hübsche Frau bittet mich nie umsonst.“ Ihre großen Augen blicken erstaunt, er fühlt, daß ihre kleinen etwas hartgearbeiteten Finger, die er noch immer hält, den Versuch machen wollen, sich zu befreien. „Zimmer sich an mich wenden, wenn Sie Wünsche haben, wollen Sie?“ und das ist mehr geflüstert als gesprochen und sie fühlt seinen Athem.

„Ja, ja — Durchlaucht, für meinen Mann —“

„Lassen wir den Mann — auch Sie könnten wohl einmal — Sie wollen sich Ihres guten Freundes erinnern?“

Der Wein hat ihr den Kopf eingenommen, die seltsame Situation in dem doch dumpfen, lichtüberflutheten Raum, die Art, wie der hochgestellte Mann spricht, das macht sie verwirrt.

„Wollen Sie?“ fragt er noch dringender, sie weiß nicht, ob sie wirklich genickt hat. Es ist, als ob etwas ihren Nacken berührt, etwas warmes sie streift, sie will den Hut zurückschieben, da wird auch ihre andere Hand gefaßt.

„Sie sind eine kleine Hexe, wissen Sie das? Sie verbinden Wunden und zu gleicher Zeit —“

Ein sonderbarer Laut draußen, ein krächzender Husten. Und dann sind ihre Finger plötzlich losgelassen, die Wärme ist nicht mehr in ihrem Nacken, und der Ton klingt völlig anders: „Ganz gewiß, meine gute Frau Wessing, werde ich Ihrer Wünsche — Wid! — mich erinnern. Mein Schreibzimmer im Leopoldsturm soll erneuert werden. Frau Wessing befürwortet eben ein Gesuch Ihres Mannes um Uebertragung dieser Arbeit.“

„Zu Befehl, Durchlaucht!“

„Wid und den Nagel da drüben an der Truhe entfernen.“

unzweideutigster Weise aus. Wie der Vorstand urtheilt aber in diesem Punkte die gesammte Reichstagsfraktion und in der Parteipresse ist, soweit uns bekannt, nicht eine Stimme laut geworden, die den Beschluß vertheidigte. Daß die Leipziger Genossen selbst den gemachten Fehler einsehen, beweist, daß sie den Beschluß wieder außer Kraft gesetzt haben.

(Fortsetzung folgt.)

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Ausgesperrt wurden in Breslau die Schiffbauer der Firma Casar Wollheim, 24 an der Zahl, weil sie sich eine Lohnkürzung nicht gefallen lassen wollten. — Die Direktion der Panther-Fahrradwerke zu Magdeburg läßt Schleiferarbeiten in der Dampfschleiferei von Karl Rütche in Magdeburg-Sudenburg verrichten. Die dort beschäftigten Schleifer (Berliner) legten die Arbeit nieder. Rütche sucht nun aus anderen Orten durch Inserate Ersatz heranzuziehen. Deshalb ist Zugang fernzuhalten. — Der Streik der Arbeiter der Gebr. G. Brisch'schen Plüschweberei in Chemnitz hat nach achtstägiger Dauer mit einem vollen Siege der Arbeiter geendet. — In der Spiegelglasfabrik von Hönicka u. Vincenz in Nürnberg legten sämtliche Arbeiter die Arbeit nieder, weil die Firma einen verschlechterten Lohntarif einführen wollte und 8 Mann maßregelte. — In den beiden großen Tabakfabriken in Roskilde (Dänemark) streiken die dort beschäftigt gewesenen Knaben. Sie hatten eine Erhöhung des Wochenlohnes von 1,50 Kronen auf 1,80 Kronen, oder bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 30 Stunden 1 Dore mehr pro Stunde verlangt. Die vier Knaben, die den Fabrikanten die Forderungen überreichten, wurden entlassen. Ihre Kollegen erklärten sich mit ihnen solidarisch und legten sämtlich die Arbeit nieder. Eine Verhandlung zwischen den Eltern der Knaben und den Fabrikanten führte zu keinem Resultat. — Aus Astrachan (Rußland) wird gemeldet: Wegen 17 stündiger Arbeitszeit stellen die Schaffner und Kutcher der belgischen Straßenbahn-Gesellschaft die Arbeit ein. Die Streikenden verhindern die Anwerbung von neuem Personal, verhalten sich aber sonst durchaus ruhig.

Arbeiterentlassungen. Nachdem die in Folge des Spielhagen-Kauftrahs in Konkurs gerathene P. Goldschmidt'sche Maschinenfabrik in Jasnawrazla den Rest ihrer Arbeiter (über 200) entlassen hat und geschlossen worden ist, sind auch in Kolumar i. P. in Folge des Konkurses der Porzellanfabrik sämtliche 320 Porzellanarbeiter entlassen worden. Die P. Goldschmidt'sche Fabrik beschäftigte durchschnittlich über 600 Arbeiter. Ein Theil der Arbeiter hat in Westdeutschland Stellung gefunden, aber Hunderte weilen noch brodtlos in Jasnawrazla, und die Noth ist in Folge des außerordentlich strengen Winters doppelt fühlbar.

Die gemäßregelten Konsumvereinsbäcker in Breslau haben eine Genossenschaft gegründet. Das Unternehmen soll ein Rückhalt für diejenigen Kollegen sein, die für die Verbesserung der elenden Lebenslage der Backstabenproletarier in Breslau kämpfen. Es ist bedauerlich, daß die vielen Arbeiter, die dem Breslauer Konsumverein angehören, diese Maßregelungen ruhig geschehen lassen.

Wegen Beleidigung eines Zehendirektors wurde der verantwortliche Redakteur der „Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ Hr. Genghorst von der Hochmeyer Strafkammer zu 100 Mark Geldstrafe verurtheilt.

Warnung vor Zuzug. Wie alljährlich, so werden auch im Frühling dieses Jahres Hunderte von Arbeitern nach Zürich, der größten schweizerischen Industriestadt, strömen, um hier Arbeit und Verdienst zu suchen. Diese, uniere Klassen- und Arbeitsgenossen, vor großen Enttäuschungen zu bewahren und die ohnehin nicht weniger als vöthige Lage der hiesigen Arbeiterklasse nicht noch durch übergroßes Arbeiterangebot verschlimmern zu lassen, halten wir uns für verpflichtet, vor Zuzug nach Zürich zu warnen. Der durch jämmerliche Boden Spekulation hervorgerufenen künstlichen Steigerung der Produktion ist ein plötzlicher Rückgang gefolgt, alle Betriebe haben Entlassungen vorgenommen und arbeiten zum größten Theil mit verkürzter Arbeitszeit.

Arbeiterunion Zürich.

Der Gewerkschaftssekretär.

Die Lage des Arbeitsmarktes. Im Monat Januar hat die Arbeitslosigkeit einen Stand erreicht, wie er in der ganzen Zeit der niedergehenden Konjunktur noch nicht da-

gewesen war. An den deutschen Arbeitsnachweisen, soweit sie an die Berichterstattung der von Dr. Jastrow herausgegebenen Halbmonatsschrift „Der Arbeitsmarkt“ angeschlossen sind, drängten sich um 100 offene Stellen durchschnittlich 165,8 Arbeitsuchende (gegen 126,2 im Januar vorigen Jahres); während im ersten Monate des Vorjahres die Zahl der Beschäftigten in den Krankenkassen noch um 2,7 Proz. zunahm, ist sie diesmal um 1,5 Proz. zurückgegangen. Zu der Steigerung der Arbeitslosigkeit haben die außerordentlichen Geschäftskrisen und die Unsicherheit auf dem Eisenmarkte am meisten beigetragen. Die Lebenslosigkeit des Geschäfts kommt in der Thatsache zum Ausdruck, daß in einem industriell so entwickelten Bezirk wie Duisburg der Güterzugdienst schon ganz erheblich eingeschränkt werden muß. Im Eisengewerbe dauerten die Zwangsverkäufe fort. Das Mißverhältnis zwischen Rohstoff- und Fertigfabrikatpreisen hat einen solchen Grad erreicht, daß alle Konsumenten die Syndikate drängen, die Preise wesentlich herabzusetzen. Die Rohstoffsyndikate selbst vermögen nur noch mit Schwierigkeiten ihre Erzeugung unterzubringen; auf den Hütten sammeln sich Vorräthe in Höhe von an. Von der Entwicklung des Eisenmarktes hängt nach dem Urtheil der genannten Zeitschrift die weitere Gestaltung der Krise auf dem Arbeitsmarkte im wesentlichen ab.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Im Meineidsprozeß in Konig behandelte Freitag Winters Vater, daß er mit seinem Sohne in der Gastwirthschaft von Müller oft verkehrt habe, auch einmal kurz vor dem Tode seines Sohnes. Der Angeklagte Moritz Lewy habe an jenem Abend mit mehreren jungen Leuten in dem Lokal Karten gespielt und ihn gebeten, eine Weile für ihn einzutreten. Dies habe er gethan. Darauf habe sich Lewy zu seinem Sohne gesetzt und sich mit ihm unterhalten. Auf die Frage des Verteidigers, weshalb er darüber im Maßloß-Prozeß nichts ausgesagt habe, erklärte Winter, er habe als der Vater des Ermordeten Lewy nicht belastet wollen. Die Beweisaufnahme wurde Freitag geschlossen; Sonnabend fanden die Klaidoners statt. — Der zum Tode verurtheilt gewesene Mörder Schneider Julius Kosky, der 26 Jahre lang im Zuchthause zu Crona a. d. W. gesessen hat, ist nach vorzüglicher Führung vom Kaiser begnadigt und als 52jähriger Mann aus der Strafanstalt entlassen worden. — Beim Schlittschuhlaufen auf dem Eise der Havel bei Ketzin sind am Donnerstag sechs Schulknaben eingebrochen, fünf ertranken. — Ein schreckliches Familien-drama hat sich in Diesbar bei Meissen abgespielt. Der seit 10 Jahren zur Instandhaltung der Saubitzer Rittergutsweiberge angestellte Oberwäzner R. hat in einem Anfälle geistiger Unmündigkeit seiner Frau mit einem Rasirmesser mehrere Wunden im Gesicht beigebracht und dann sich selbst die Kehle durchgeschnitten. — Eine fürchterliche Nacht verbrachte der Hofaufseher Gustav Kienle in Manheim. Bei einem Patronenwangel stürzte er zwischen 11 und 12 Uhr von der hohen Quaimauer des Mühlenhafens und blieb mit zerhacktem Gliedmaßen halb im Wasser, halb auf dem Lande fast die ganze Nacht liegen. Erst am Morgen hörte ein Schiffskapitän das Wimmern des Unglücklichen und erlöste ihn aus seiner hilflosen Lage. — Außergewöhnliche Kälte ist in ganz Oesterreich eingetreten; vom Pustertal (Tirol) werden 30 Grad Kälte gemeldet. Ebenso herrscht in der ganzen Schweiz bei klarem Wetter große Kälte, im Neuenburger Jura sank das Thermometer auf 30—35 Celsiusgrad unter Null, verschiedentlich sind Todesfälle durch Erfrieren vorgekommen. — Auf den Epprechtzug Köln-Brüffel wurden bei Sabenthem, 10 Kilometer von Brüffel, vier Revolverkugeln abgegeben. Zwei Kugeln drangen in einen Wagon erster Klasse ein und streiften eine Dame und einen Herrn. — Nach den Registrirungen bis zum 14. Februar sind in Bielgorod bei der Dabauer Kaphtha-Katastrophe 11 erwachsene Personen und 7 Kinder verbrannt, 109 Personen sind ihren Brandwunden erlegen. Eine große Zahl liegt noch krank darnieder. — An Bord des aus Alexandrette in Rhodos eingetroffenen Dampfers „Apollo“ des Oesterreichischen Lloyd's ist ein Mädchen unter verdächtigen Symptomen gestorben. Der Dampfer wurde darauf zur Desinfektion nach dem Lazareth Alagomena bei Smyrna gewiesen. — „La Presse“ in Paris erzählt aus angeblich zuverlässiger Quelle, in San Nicolas (Argentinien) sei die Venenpest ausgebrochen.

Schutz vor Schutzleuten — durch den Staatsanwalt! Der seltene Fall, der diesen Titel verdient, hat sich in Hannover zugetragen. Der Schutzmann Ostermann hatte den etwas angetrunkenen Tischlermeister Krell

festirt und die Nacht über auf der Wache behalten; der Schutzmann war dann auch die Veranlassung einer grundlosen Anklage gegen Krell wegen Beleidigung, Bedrohung und Verübung groben Unfugs. Krell war, wie die Beweisaufnahme ergab, Nachts nach Hause gekommen; als er die Thür verschlossen fand, ist er auf die Mitte des Fahrdaumens getreten, um sich seiner Frau bemerkbar zu machen. In dem Augenblick, da er das Trottoir kreuzte, ging der Zeuge Fabrikant L. Müller auch vorüber, ist aber entgegen der Behauptung des Schutzmanns nicht von Krell angerempelt worden. Ostermann ist nun auf den Krell zugegangen, um seine Personalien festzustellen, die entgegen der Befundung des Beamten sofort mehrere Male laut angegeben sind, wie auch mehrere Zeugen bekunden. Dieselben Zeugen sagen weiter aus, daß Krell von dem Beamten dann ohne jede Veranlassung mit der Faust unter das Kinn geschlagen ist und nun seinerseits verlangt hat, zur Wache geführt zu werden, um sich zu beschweren. Der Beamte hat ihn darauf vor sich hergestoßen, „wie ein Stück Vieh“, erklärten die Zeugen. Hier ist Krell trotz seines Protestes in Gewahrsam gehalten. Sehr interessant waren die Ausführungen des Staatsanwalts. Nach seiner Ansicht sei der Angeklagte kostenlos freizusprechen. Der Angeklagte habe selbst zugegeben, angetrunken gewesen zu sein, doch läge in der einfachen Thatsache ja nichts Strafbares und daß sich Krell ungebührlich betragen habe, dafür sei nicht der geringste Beweis erbracht; zuletzt habe ja der Schutzmann selber nur gesagt, verschiedene Leute seien dem Angeklagten ausgewichen, das sei doch aber absolut kein grober Unfug. Die Bedrohung sei nicht direkt gefallen und vom Zeugen Ostermann auch nicht ernst genommen, deshalb müsse auch hierin Freisprechung erfolgen. Die Beleidigung sei zugegeben, doch sei sie nur die sofortige Erwiderung auf Beleidigungen und müsse deshalb auf Straffreiheit erkannt werden. Beleidigt sei aber der Angeklagte durch den Schutzmann. Dieser befände sich jetzt vier Monate im Dienst und habe zur Zeit des Vorfalles jedenfalls noch keine Ahnung gehabt, wie man sich gegen das Publikum zu verhalten habe! Von der Vertheidigung wurde beantragt, auch die Kosten der Vertheidigung dem Schutzmann aufzuerlegen, da die Anzeige doch mindestens grob fahrlässig erstattet sei. Die Schutzleute sollten ein Schutz des Publikums sein, seien aber oft die Beschäftigten, hier biete sich die Gelegenheit wieder, ein warnendes Beispiel zu statuieren. Das Gericht erkannte dem Antrage des Staatsanwalts und der Vertheidigung gemäß. In der Begründung wurde ausgesprochen: Dem Antrag der Vertheidigung, die Kosten der Vertheidigung dem Beamten aufzuerlegen, sei auch stattzugeben, da die Anzeige mindestens grob fahrlässig sei. Der Fall hätte aber wieder einmal (!) gezeigt, daß es nicht gerade etwas Volkommenes sei, wenn das Publikum das Verführungsobjekt für Probierten abgebe, und es sei sehr zu wünschen, daß die Probezeit geleistet würde ohne Belästigung des Publikums. Wenn alle Staatsanwälte ihre Aufgabe so auffaßten, wie der Staatsanwalt im vorliegenden Falle, dann könnte man mit Recht nach dem Berliner Oberstaatsanwalt Hienbiel sagen: Die Staatsanwaltschaft ist die objektivste Behörde der Welt! Der Fall spricht für sich selbst. Wohlthunend berührt die Einmüthigkeit des Staatsanwalts, des Vertheidigers und des Gerichts in der Beurtheilung der Handlungsweise des Schutzmannes. Wird aber der Staatsanwalt nun noch gegen den Schutzmann vorgehen??

Hamburger Marktbericht.

Hamburg, 15. Februar

Butter.		
I. Qualität	106 - 116	97
II. Qualität	100 - 105	
Ferner:		
F. hierhafte und ältere	95 - 99	
Schleswig-Holsteinische Bauernbutter	75 - 85	
Rußische verzoilt	92 - 100	
Galizische und ähnliche,	80 - 82	
Finländische Waare		
Amerikanische		

Stettiner Marktbericht.

Stettin, 16. Februar

Der Schweinehandel vertheilt flau. Zuführt wurden 1070 Stück, davon vom Norden — vom Süden — Stück. Preise: Sengschweine — Mk. 55—56 Mk., leichte 54—55 Mk., Sauen 48—52 Mk., 49—53 Mk., 100 Stk.

nen — das ist eine ja saloppe Wirthschaft hier. Wenn man die Järsche nicht meinet sich verlegt hätte? Wir wollen hier die Scheibe aufstellen.

„Durchlaucht! allerunterthänigst, das ist — Schon gut! Nichts geschieht zu rechter Zeit! Kein Kommen und kein Gehen!“

Wie jetzt zusammen; daß er zu unrechter Zeit kam, daß hat er ja wohl gemerkt.

Und wie hat ein leichtes Bemerkens über den unwillig, ungeduldenen Ton, in dem der Prinz jetzt spricht. Sie ist aufgesprungen und nach der Thür gewichen und steht dort, ihren Hut gerichtet schwebend. Alle Köpfe sind doch gleich, auch die hochgehüllten, was sie denken. Sie schnell da die Einweisung anspricht.

„Ich sollte werden, daß Ihre Durchlaucht, die Frau Järsche, schon eine halbe Stunde früher am Schießstand sein würden. Graf Lora ist gekommen.“

Prinz Louis Jerbach wickelt einen prächtigen Hut nach der Uhr, welche ein Kind in Porzellan nachgeahmter Nachahmung zwischen den Geweißen trägt.

„Dann ist es ja die höchste Zeit, Bid!“

„Ja Deinet, Durchlaucht!“ Nun wieder die höchste Zeit und vorhin kam er augenscheinlich zu früh, aber das hat Lora nicht, an die man gewöhnt ist.

Prinz Louis spricht vor einem Spiegel, der ebenfalls eine Einweisung von Hartgeweißen hat, durch seine vollen Haare.

„Hast Du eine Bürste da, Bid?“

„Ja, denn also! Gutes Mergel, meine gute Frau Deinet! Guten Mergel!“ Eine geduldig, calligraphische Handbewegung. Wie aber Bid jetzt nun gerade förmlich der Thür, an der eine Scheibe zu thun hat, kommt er nach.

„Wie gesagt, eine kleine, gefährliche Deyer. Wie ist denn eigentlich Ihr Vorname? Sagen Sie mir den doch mal.“

„Fime.“

„So, ja! also — ein sonderbarer Blick noch, sie verbeugt sich — nicht vergessen, daß Sie mein kleiner Arzt sind, Frau Fime! Bid, nun aber schnell da Ordnung schaffen!“

Fime geht langsam die Stufen herunter, dicht an dem Jäger vorbei, der so beschäftigt ist, daß er sie kaum zu sehen scheint. Sie fühlt, daß der Prinz ihr nachsieht und eine seltsame Bekommenheit bleibt ihr, als schon die Büsche des schmalen Seitenwegs, der hinter ihr führt zu ihrem Garten, hinter ihr zusammenklagen.

Es ist ein paar Tage später um die Abendzeit, die junge Frau räut den Tisch ab. Er war so zierlich wie immer geblieben, wenn auch nur die einfachste Kost darauf stand, Brod, Butter und Käse und für den Herrn des Hauses ein Rest Schinken. Aber niemand hat behaglich daran gegessen. Anton geriet sofort in einen Wuthausbruch gegen Fime, der oben im Schloß eine Nachlässigkeit begangen haben sollte und weil ihn dessen schweigender Gleichmuth und Fimes Versuch, ihn zu beruhigen, doppelt ärgerten, rammte er davon. „Man wird hier ja mit Gewalt in's Wirthshaus getrieben!“ Fime trug mit Eeelanthe ein zweites Butterbrod und stieg damit in sein Stübchen hinauf, von der Schwelle hatte er launend der Schwester gesagt: „Biel älter, wie Wochen alt, werde ich hier gewiß nicht!“

„Aber Fime —“ hatte sie erköpft gerufen.

„Biel ja sehen.“

Allein konnte es ihr natürlich nicht schmecken, den eigenhändigen Burthen zurückholen wollte sie nicht, gute Worte

würden auch schwerlich genügt haben. Das Mädchen hatte sie bei Ausbruch des Streits schnell in den Ort hinauf geschickt, damit es nicht zu viel höre, Hannchen schlief fest in dem Kinderwagen, den sie in eine Ecke geschoben hatte.

Sie setzt jetzt die Lampe auf ihren Nächtisch und nimmt ihre Arbeit vor. Das ist ein trauriger Abend, aber nicht der erste, welchen sie allein zubringt. Anton hat schon öfter erklärt, es triebe ihn in's Wirthshaus, wenn er keine Arbeit hatte, wenn Pläne fehlgeschlagen. Freilich, da mochte er sich ja die schlechte Laune wegschöpfen mit andern und den Groll hinterherpölen — für sie ist's recht einsam und ihre Stimmung nicht die angenehmste. Von Hause her kennt sie dergleichen nicht; Verdruß gab's ja dort auch, aber die Essensstunde hielt sich der Vater frei, sie war etwas unantastbar Geheiligt in dem unruhigen Betriebe des großen Geschäfts und der zahlreichen Familie. Die Vorhänge hat sie nicht geschlossen nach der Gartenseite hin, hier gehen keine fremden Leute vorüber und von ihrem Thun hat sie nichts zu verbergen und sie wirft ab und an gern einen Blick hinauf nach dem gestirnten Himmel. So freilich, in dem Stillstehen, da kommen allerhand Gedanken, die an die Vergangenheit mit dem Vergleich der Gegenwart natürlich am meisten, ja, nach dem Elternhause hat sie sich am Hochzeitstage umgewandt und jetzt manchmal — sie zuckt zusammen, sie will das Wort verdrängen, „zurückgewünscht“ — aber es ist doch da, es quillt aus dem dunkeln Nachthimmel herunter, es weht in dem Windstoß, der scharf um die Ecke des Hauses kommt, es spricht aus der Lautlosigkeit, die hier in dem einsamen Raume herrscht. Da sucht ihr Blick die hintere Ecke dort, wohin der Lichtschein nicht fällt, da athmet es ihr zur Freude, ihr Kind.

(Fortsetzung folgt.)